# AbgeordnetenhausBERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

## Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

40. Sitzung 13. Juni 2024

Beginn: 14.06 Uhr Schluss: 17.32 Uhr

Vorsitz: Frau Abg. Sandra Khalatbari (CDU)

## Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie wird durch Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) und Frau Staatssekretärin Henke (SenBJF) repräsentiert.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Homepage des Abgeordnetenhauses als Stream übertragen werde und überdies im Nachgang auf der Homepage des Abgeordnetenhauses über die Mediathek abrufbar sei. Sie stellt fest, dass die Pressevertreterinnen und Pressevertreter Bild- und Tonaufnahmen dieser öffentlichen Ausschusssitzung gemäß Art. 44 Abs. 1, S. 2 der Verfassung von Berlin i. V. m. § 4 Abs. 3 und Abs. 2, S. 2 der Hausordnung der Präsidentin vom 14. März 2023 anfertigen dürfen.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, die Tagesordnung laut Mitteilung zur Einladung vom 12.06.2024 um folgende neuen Punkte zu ergänzen:

3. a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

Weiterentwicklung des Schulgesetzes
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

BildJugFam

b) Vorlage – zur Beschlussfassung – 0249
Drucksache 19/1703 BildJugFam
Zweites Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 30.05.2024

c) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Drucksache 19/1392

BildJugFam

Chancengleichheit im Losverfahren – Keine Tricksereien beim Übergang in die weiterführende Schule!

4. Vorlage – zur Beschlussfassung – <u>0246</u>

Drucksache 19/1661 BildJugFam

Verlängerung der Brennpunktzulage nach § 78a des Haupt

Bundesbesoldungsgesetzes in der Überleitungsfassung für Berlin

Die bisherigen Punkte 3 und 4 werden zu den neuen Punkten 5 und 6 der Tagesordnung.

## Punkt 1 der Tagesordnung

#### a) Aktuelle Viertelstunde

Gemäß Punkt 4 Abs. 6 der Verfahrensregeln des Ausschusses vom 17. Mai 2023 ruft die Vorsitzende die folgenden schriftlich eingereichten Fragen der Fraktionen in der Reihenfolge ihres zeitlichen Eingangs auf.

- "Die Liste zur Auflösung der zentralen PMA in 2024 (RN 1734) enthält im Bildungsbereich Einsparungen von Personalmitteln für Lehrkräfte in Höhe von insgesamt 64,6 Mio €. Um wie viele Lehrkräftestellen handelt es sich dabei und bedeutet die Streichung tatsächlich wie von der Koalition beschlossen den Wegfall dieser Stellen im kommenden Doppelhaushalt?" (Fraktion Die Linke)
- "Was wird der Senat angesichts des jüngsten Gewaltvorfalls am Grünen Campus Malchow unternehmen, um aus der Befugnis von Gericht und Staatsanwaltschaft, Schulen über Intensivtäter innerhalb ihrer Schülerschaft zu unterrichten, eine Pflicht zur Mitteilung zu machen, um Mitschüler und Lehrer zu schützen?"
  (AfD-Fraktion)
- "Nach Medienberichten werden die Mittel für ein Projekt gegen Antisemitismus des etablierten Trägers Meet2Respect nicht freigegeben. Welche Gründe hat die Bildungsverwaltung für diese Entscheidung und welche Rolle spielt dabei der Staatssekretär Liecke?" (Bündnis 90/Die Grünen)
- "In den letzten Wochen wurden immer wieder Schulen und auch Kindertageseinrichtungen bestreikt. Wie steht der Senat zu den Forderungen der Streikenden?" (Fraktion der CDU)

Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) beantwortet diese sowie spontane, mündliche Nachfragen der Ausschussmitglieder (zu den Antworten und den Nachfragen der Ausschussmitglieder vgl. Inhaltsprotokoll).

Die Fraktion der SPD hat keine schriftliche Frage eingereicht und verzichtet darauf, eine spontane, mündliche Frage zu stellen.

#### b) Bericht aus der Senatsverwaltung

Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) berichtet und beantwortet Nachfragen der Ausschussmitglieder (zu den Berichten und den Nachfragen im Einzelnen siehe Inhaltsprotokoll).

### Punkt 2 der Tagesordnung

a)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs	<u>0253</u>
	Einführung und Ausgestaltung des 11.	BildJugFam
	Pflichtschuljahres im Sinne eines Berufs-	
	Chancenjahres	
	(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)	
b)	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	0244
υ)	Drucksache 19/1628	BildJugFam(f)
	Gelingende Berufsorientierung: Perspektivenjahr	ArbSoz
	statt Pflichtschuljahr!	1110202
c)	Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD	<u>0251</u>
	Drucksache 19/1663	BildJugFam(f)
	11. Pflichtschuljahr – durchdacht und langfristig angelegt im Sinne eines Berufs-Chancenjahres einführen!	ArbSoz
	einfunren:	

Hierzu: Anhörung

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass zu diesen Punkten eine Anhörung durchgeführt werde.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Anfertigung eines Wortprotokolls gemäß § 26 Abs. 7 S. 4 GO Abghs aufgrund der zu erfolgenden Anhörung. Da die Auswertung der Anhörung bereits in der nächsten Sitzung am 27.06.2024 erfolgen soll, bittet der Ausschuss um die vorrangige Erstellung des Wortprotokolls durch den Stenographischen Dienst.

Frau Abg. Aydin (SPD) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 2 a) und den Antrag zu Punkt 2 c) für die Antrag stellenden Fraktionen der CDU und SPD.

Frau Abg. Schedlich (GRÜNE) begründet den Antrag zu Punkt 2 b) der Tagesordnung.

Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) nimmt einleitend Stellung.

Folgende Anzuhörende geben Stellungnahmen ab und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Herr Stephan Alker, Schulleiter der Peter-Lenné-Schule, OSZ Natur und Umwelt,
- Herr Jürgen Dietrich, Schulleiter des Oberstufenzentrums Gastgewerbe, Brillat-Savarin-Schule,
- Frau Karin Petzold, Leitung Vorstandsbereich Schule, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Berlin, GEW BERLIN,
- Herr Jan Pörksen, Geschäftsführer für Bildung & Beruf, Industrie- und Handelskammer zu Berlin,
- Herr Ronald Rahmig, Vorsitzender der BBB Vereinigung der Leitungen Berufsbildender Schulen in Berlin e.V.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF), Herr Salchow (SenBJF) Stellung nehmen und Fragen der Ausschussmitglieder beantworten, beschließt der Ausschuss entsprechend der ständigen Ausschusspraxis einvernehmlich, die Punkte 2 a) bis 2 c) zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

#### Punkt 3 (neu) der Tagesordnung

a)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs	<u>0243</u>
	Weiterentwicklung des Schulgesetzes	BildJugFam
	(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der	
	SPD)	

b) Vorlage – zur Beschlussfassung – 0249
Drucksache 19/1703 BildJugFam
Zweites Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 30.05.2024

c) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Drucksache 19/1392

Chancengleichheit im Losverfahren – Keine

Tricksereien beim Übergang in die weiterführende
Schule!

Zu Punkt 3 b) liegen dem Ausschuss Änderungsanträge der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen (Anlage 1), der Fraktion Die Linke (Anlage 2), der Fraktionen der CDU und SPD (Anlage 3) sowie der AfD-Fraktion (Anlage 4) vor.

Die Vorsitzende gibt einleitend folgende Hinweise:

- Die Punkte 3 a) und 3 b) der Tagesordnung standen bereits in Verbindung mit einer Anhörung auf der Tagesordnung der 39. Sitzung am 30. Mai 2024 und wurden zwecks Anfertigung und Auswertung des Wortprotokolls vertagt.
- Das Wortprotokoll liege vor.
- Der Besprechungsbedarf zu den Punkten 3 a) und 3 b) sei bereits in der besagten Sitzung begründet worden.

Frau Abg. Burkert-Eulitz (GRÜNE) begründet den Antrag zu Punkt 3 c) der Tagesordnung.

Frau Abg. Burkert-Eulitz (GRÜNE), Herr Abg. Krüger (GRÜNE), Frau Abg. Schedlich (GRÜNE) und Frau Abg. Wojahn (GRÜNE) begründen die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Punkt 3 b) der Tagesordnung.

Frau Abg. Brychcy (LINKE) begründet den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke zu Punkt 3 b) der Tagesordnung.

Frau Abg. Dr. Lasić (SPD) und Frau Abg. Khalatbari (CDU) begründen den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD zu Punkt 3 b) der Tagesordnung.

Herr Abg. Weiß (AfD) verzichtet auf die Begründung der Änderungsanträge der AfD-Fraktion zu Punkt 3 b) der Tagesordnung und verweist auf die schriftlichen Begründungen (Anlage 4).

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die AfD-Fraktion beantragen die Einzelabstimmungen zu ihren Änderungsanträgen.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Herr Duveneck (SenBJF) Stellung nimmt und Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, beschließt der Ausschuss wie folgt:

## Zu Punkt 3 a):

Der Besprechungspunkt wird abgeschlossen.

#### Zu Punkt 3 b):

Die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu der Vorlage zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1703 – lehnt der Ausschuss ab (zu den einzelnen Abstimmungsergebnissen siehe Anlage 1).

Den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke zu der Vorlage zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1703 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und der AfD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke abgelehnt.

Die Änderungsanträge der AfD-Fraktion zu der Vorlage zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1703 – lehnt der Ausschuss ab (zu den einzelnen Abstimmungsergebnissen siehe Anlage 4).

Der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD zu der Vorlage zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1703 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke bei Enthaltung der AfD-Fraktion angenommen.

Im Ergebnis wird die Vorlage zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1703 – mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und AfD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke mit den zuvor beschlossenen Änderungen angenommen.

Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum über den Hauptausschuss zugeleitet.

#### Zu Punkt 3 c):

Der Antrag – Drucksache 19/1392 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und AfD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke abgelehnt.

Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum zugeleitet.

#### Punkt 4 (neu) der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – 0246
Drucksache 19/1661 BildJugFam
Verlängerung der Brennpunktzulage nach § 78a des
Bundesbesoldungsgesetzes in der
Überleitungsfassung für Berlin

Dem Ausschuss liegt ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD vor (Anlage 5).

Frau Abg. Khalatbari (CDU) begründet den Änderungsantrag für die Antrag stellenden Fraktionen der CDU und SPD.

Im Anschluss an die Beratung beschließt der Ausschuss wie folgt:

Der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD zu der Vorlage zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1661 – wird einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke bei Enthaltung der AfD-Fraktion angenommen.

Im Ergebnis wird die Vorlage zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1661 – einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und SPD bei Enthaltung der Fraktionen Bündnis

90/Die Grünen, Die Linke und AfD-Fraktion mit den zuvor beschlossenen Änderungen angenommen.

Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum über den Hauptausschuss zugeleitet.

#### Punkt 5 (neu) der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – <u>0245</u>
Drucksache 19/1649 BildJugFam
Gesetz zur Erweiterung von Funktionsstellen an Grundschulen

Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) nimmt zu der Vorlage zur Beschlussfassung einleitend Stellung.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) erneut Stellung nimmt und Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, beschließt der Ausschuss wie folgt:

Die Vorlage zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1649 – wird einstimmig mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen.

Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum über den Hauptausschuss zugeleitet.

## Punkt 6 (neu) der Tagesordnung

### Verschiedenes

Die nächste (41.) Sitzung findet am Donnerstag, dem 27.06.2024, um 14.00 Uhr statt.

Die Vorsitzende Die Schriftführerin

Sandra Khalatbari Tonka Wojahn